

Potsdam, den 25.08.2026

B I L A N Z

**der Stadtverordneten Anja Heigl, Christian Raschke,
Balthasar Kogge, Roman Böttcher, Bianca Zeller und Laura Kapp**

anlässlich der Rotation in der Fraktion DIE aNDERE zum 20.09.2026



Vor etwa einem Jahr übernahmen wir im Rahmen der turnusgemäßen Rotation in der Fraktion DIE aNDERE unsere Mandate in der Stadtverordnetenversammlung. Unsere Arbeit war bestimmt durch den Wechsel im Amt der Oberbürgermeisterin und den daraus folgenden Versuchen aller Fraktionen sich in diesem Neuanfang an der Verwaltungsspitze ohne feste Rathauskoalition neu zu verorten.

Haushalt 2026

Im März 2026 verständigten sich mehrere Fraktionen mit der Oberbürgermeisterin auf einen Haushaltskompromiss für das bereits laufende Kalenderjahr. DIE aNDERE hat die Vorlage zwar nicht miteingebracht, ihr aber in der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt. Damit möchten wir zum Ausdruck bringen, dass der Antrag Punkte enthält, für die wir nicht die Urheberschaft übernehmen wollen. Insbesondere stört uns die Option zu Grundstücksverkäufen aus dem Babelsberg-Vermögen in der mittelfristigen Finanzplanung. Grundstücksverkäufe stellen keinen nachhaltigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung dar, sondern bringen dem Haushalt lediglich einmalige Einnahmen. DIE aNDERE bleibt bei ihrer Haltung: Gegen den Ausverkauf der Stadt!

Unsere Fraktion hatte bereits mehrere Wochen zuvor ihre roten Linien für die Zustimmung zum Haushalt in einer Haushaltsklausur festgelegt und veröffentlicht.

Im Kulturbereich forderten wir die Aufstockung der institutionellen **Förderung freier Kulturträger und der kulturellen Projekt- und Festivalförderung** mindestens auf den Stand des Jahres 2025 (156.000 Euro und 142.000 zusätzlich zum jetzigen HH-Vorschlag). Nun wird der Haushaltsansatz für die Kultur im Jahr 2026 um 350.000 Euro erhöht.

Bei der Jugendhilfe setzen wir uns für die weitere Förderung der **präventiven PLuS-Projekte von Jugendhilfeträgern an Schulen** in Höhe von mindestens 397.000 Euro ein (250.000 Euro zusätzlich). Hier erreichten wir die Einstellung der für das 2. Halbjahr erforderlichen Mittel in Höhe von 125.000 € und die Einstellung von 200.000 € in die Planung für die Folgejahre.

Eine weitere Bedingung für unsere Zustimmung zum Haushalt war die Schaffung eines **Budgets für den Kinder- und Jugendbeirat** von mindestens 5.000 Euro. Dieses Budget ist erstmals im erarbeiteten Haushaltskompromiss enthalten.

Die **Preisdeckel für Schulessen und Schülerticket** und die **pädagogische Betreuung des kostenlosen Schulfrühstücks** bleiben erhalten. Damit werden Familien konkret entlastet.

Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es entscheidend, dass soziale, kulturelle und bildungspolitische Angebote nicht als verzichtbare zusätzliche Leistungen behandelt werden und dass für die freien Träger und gemeinnützigen Vereine der Stadt Planungssicherheit geschaffen wird.

Wir sind uns aber darüber im Klaren, dass die Finanzlage der Städte sich erst verbessern wird, wenn Bundes- und Landesebene eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Ebene sicherstellen. Steigende Sozialausgaben, wachsende Anforderungen an Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz sowie gleichzeitig begrenzte Einnahmemöglichkeiten setzen die Kommunen dauerhaft unter Druck. Vor diesem Hintergrund ist eine pragmatische und verantwortungsvolle Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg unerlässlich, um die Handlungsfähigkeit der Stadt langfristig zu erhalten und notwendige Investitionen nicht weiter aufzuschieben.

Stadtentwicklung und Verkehr

Einen großen Raum in der öffentlichen Berichterstattung nahmen die Pläne zum Neubau eines **Universitätscampus auf dem Brauhausberg** ein. DIE aNDERE begrüßt zwar grundsätzlich, dass an diesem Ort nun keine gated community für Besserverdienende mehr entstehen soll, sondern ein öffentlicher Universitätsstandort. Andererseits fordern wir deutlich mehr bezahlbare Wohnungen im Rahmen des Vorhabens. Wir sehen die Abgabe öffentlicher Flächen am Griebnitzsee und den enormen Zeit- und Verfahrensdruck des Investors Hasso Plattner als überaus problematisch an. Daher haben wir beantragt, dass es einen regulären Planungswettbewerb geben soll und nicht nur drei von einem einzigen Büro entwickelte Varianten (25/SVV/0773-005). Der Antrag wurde abgelehnt.

Eine der umstrittensten Entscheidungen hatte die Stadtverordnetenversammlung über die weitere Nutzung des Rechenzentrums zu treffen. Unsere Fraktion hatte sich im Vorfeld für eine dauerhafte **Perspektive für das Rechenzentrum** eingesetzt. Nachdem die Oberbürgermeisterin Noosha Aubel und der Baubeigeordnete Bernd Rubelt den Vorschlag vorlegten, eine Weiternutzung für sieben Jahre zu ermöglichen und danach den Abriss vorzunehmen, forderten wir eine längerfristige Perspektive für das RZ. Zwar wurde die Festlegung auf den Abriss in einer neuen Antragsversion entschärft. Dafür setzte die Stiftung Garnisonkirche Potsdam Forderungen durch, dass die Stadt auf die Rückfalloption für das Grundstück verzichten soll und dass die Nutzer*innen im RZ künftig ein Nutzungsentgelt zu zahlen haben. Leider erhielten unsere gemeinsam mit den Linken eingebrachten Änderungsanträge (26/SVV/0676-002 und 003) in der SVV-Sitzung keine Mehrheit. Bei der abschließenden Abstimmung gab es aus unserer Fraktion Zustimmung, Enthaltungen und Ablehnung. Ob mit diesem Beschluss letztlich eine dauerhafte Perspektive für das Rechenzentrum eröffnet, sein Abriss in wenigen Jahren besiegelt oder die Finanzierung des Garnisonkirchenturms aus öffentlichen Mitteln vorbereitet wurde, wird die Zukunft zeigen müssen.

DIE aNDERE engagiert sich für die **barrierefreie Erschließung des Bahnhofs Marquardt**. Statt wie die CDU global Mittel des Bundes zu fordern, verfolgte unsere Fraktion mit dem Antrag 25/SVV/1091-001 auch andere Ansätze. In erster Linie sollte eine aktuelle Prognose erarbeitet werden, wie viele Ein- und Ausstiege am Bahnhof Marquardt künftig zu erwarten sind. Daneben sollte eine Finanzierung aus dem Sondervermögen des Bundes geprüft und eine Änderung des alten Städtebaulichen Vertrages zum B-Plan Friedrichspark verhandelt werden. Nachdem unser Antrag eine Mehrheit fand, liegt jetzt das Prüfergebnis (26/SVV/0558) vor. Darin prognostiziert die Stadtverwaltung wegen des geplanten Ausbaus der Ortsteile Marquardt und Fahrland-Krampnitz eine deutlich stärkere Nutzung des Bahnhofs Marquardt in den kommenden Jahren. Mit der neuen Prognose von 2.100 Ein- und Umstiegen pro Tag im Jahr 2040 besteht eine neue Basis, den barrierefreien Umbau am Bahnhof Marquardt einzufordern. Bisher hatte die Deutsche Bahn mehrfach mitgeteilt, dass der barrierefreie Umbau nur bei Bahnhöfen in Frage kommt, die mindestens 1.000 Ein- und Ausstiege täglich erreichen und war davon ausgegangen, dass der Bahnhof Marquardt nicht einmal 300 erreicht.

Auf einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von SPD, DIE aNDERE und BfW beauftragte die Stadtverordnetenversammlung die Oberbürgermeisterin, die Voraussetzungen für die Entscheidung über die **Gründung einer städtischen Gesellschaft** zu schaffen, deren Gesellschaftszweck die **Wasserver- und Abwasserentsorgung** ist und der diese Aufgabe im Wege der In-House-Vergabe zum 01.01.2028 übertragen werden soll (26/SVV/0522).

Nach der unnötigen Räumung einer seit Jahren leerstehenden Fahrradwerkstatt in der **Tornowstr. 40** beantragten mit gemeinsam mit den Linken, eine weitere Zwischennutzung. Beschlossen wurde ein Kompromissvorschlag, der vorsieht, dass bei allen leerstehenden städtischen Grundstücken geprüft wird, ob eine Zwischennutzung möglich ist (26/SVV/0461-002).

Auf Antrag unserer Fraktion sollte an der Internationalen Schule in der Teltower Vorstadt ein Pilotprojekt gestartet werden, bei dem **Schulstraßen** eingerichtet werden, die in den Stoßzeiten vor und nach dem Unterrichtsbeginn für den Autoverkehr gesperrt sind (25/SVV/1080). Nach dem Beschluss bekam die Stadtverwaltung allerdings kalte Füße und befürchtete rechtliche Auseinandersetzungen mit Anwohnenden, denen dann zeitweise die Zufahrt zu ihren Grundstücken verwehrt worden wäre. Nun sollen verschiedene kleine Maßnahmen die Gefährdung durch Eltern-Taxis reduzieren.

Im Kommunalwahlkampf forderte DIE aNDERE für den Stadtteil Babelsberg eine Neuordnung des Verkehrs zwischen der Rathauskreuzung und dem Kiezkino Thalia. Unser Antrag einen **autofreien Abschnitt in der Rudolf-Breitscheid-Straße** zu prüfen (24/SVV/0892) wurde angenommen. Nun legte die Verwaltung das Prüfergebnis vor (26/SVV/0175). Demnach kommen als Maßnahmeoptionen die Umgestaltung des Straßenquerschnitts mit Verlegung der Tramgleise und die Sperrung der Rudolf-Breitscheid-Straße zwischen Rathauskreuzung und Wattstraße für den Autoverkehr in eine oder beide Fahrtrichtungen in Frage. Diese Varianten eröffnen verschiedene Möglichkeiten zur Verlegung und dem barrierefreien Umbau der Tram-Haltestellen und zur Schaffung sicherer Radwege. Damit ist ein erster Schritt zur Verkehrsberuhigung im Zentrum Babelsbergs gemacht. Etwas schneller geht es bei **zusätzlichen Fahrradständern im Umfeld des Bahnhofs** Babelsberg voran. Unsere Fraktion wird natürlich weiter an beiden Themen dranbleiben.

Auf Antrag unserer Fraktion beauftragte die Stadtverordnetenversammlung die Oberbürgermeisterin, zu prüfen, welche Supermarktparkplätze zu den Schließ- und Wochenendzeiten für **Feierabendparken** genutzt werden können (26/SVV/0453). Das Ergebnis soll im November 2026 vorliegen.

Eine Mehrheit erhielt unser Antrag, die von der Stadtverordnetenversammlung zwar beauftragte, aber nach Erarbeitung durch die Verwaltung dann abgelehnte **Parkgebührenordnung** erneut zur Beschlussfassung vorzulegen (26/SVV/0312). Warum Absatz 2 des Antrages, der einen Einsatz der Mittel für die Beseitigung von Schlaglöchern vorsah, an Gegenstimmen aus CDU und SPD scheiterte, blieb unklar.

Abgelehnt wurde unser Antrag **Bußgelder und Blitzer**, der zusätzliche Blitzer forderte, um die Durchsetzung von Tempolimits im Stadtgebiet sicherzustellen (26/SVV/0313).

Soziales, Wohnen, Gesundheit, Integration

Die SPD-Fraktion beantragte Maßnahmen zur **Stärkung der Stadtteil- und Schulsozialarbeit**. DIE aNDERE präzisierte einige vorgeschlagene Maßnahmen in einem Änderungsantrag (25/SVV/1113-001), der beschlossen wurde.

Unser Antrag **Bezahlung in der städtischen Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam nach öffentlichem Tarif** wurde abgelehnt.

Gemeinsam mit der SPD beantragten wir, **aufsuchende Sozialberatung für Menschen mit Behinderung** anzubieten (25/SVV/0950). Letztlich wurde beschlossen „die Sichtbarkeit und Bekanntheit bestehender Angebote der aufsuchenden Sozialberatung für Menschen mit Behinderung und/oder psychischen Beeinträchtigungen zu verbessern. Außerdem soll geprüft werden, ob und, wenn ja, welche Lücken in der Versorgung mit aufsuchender Sozialberatung bestehen und wie sie geschlossen werden können“.

Knapp gescheitert ist der monatelang in den Ausschüssen umkämpfte Antrag unserer Fraktion, die **Leistungen aus dem Bundes- und Teilhabepaket vorzufinanzieren**, wenn Eltern die Mittel für Essengeld, Lernhilfe oder Klassenfahrten nicht lange vorstrecken können (25/SVV/0433).

Die aNDERE setzte sich auch in unserer Amtszeit für bezahlbares Wohnen ein.

In einem gemeinsamen Antrag mit SPD, Linken und Volt beauftragte wir die Oberbürgermeisterin, sich dafür einzusetzen, dass die **Kündigungssperrfrist bei Eigenbedarfskündigung** in den Brandenburger Gemeinden und Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt von 3 auf 10 Jahre verlängert wird. Das wird im benachbarten Berlin seit 15 Jahren so gehandhabt. Darüber hinaus soll sich die Oberbürgermeisterin dafür einsetzen, dass Daten zum Umwandlungsgeschehen und -prognose von Miet- in Eigentumswohnungen in die Wohnungsmarktbeobachtung des Landes aufgenommen werden. Der Bericht wird zum Jahresende erwartet.

Erfolgreich war DIE aNDERE auch mit dem Antrag, regelmäßig eine jährliche **Befragung zu den Motiven für Umzüge nach, aus und in Potsdam** durchzuführen. Allerdings findet die Befragung nur alle drei Jahre statt.

In einem gemeinsamen Antrag (26/SVV/0527) forderten aNDERE, Linke und der Stadtverordnete Menzel, dass die ProPotsdam vorsorglich **Widerspruch gegen Wasser- und Abwasserbescheide** einlegen muss. Dies wird die ProPotsdam fristgerecht tun, wenn entsprechende Bescheide vorliegen. Der Antrag war somit erledigt.

Gemeinsam mit Linken, Grünen und SPD setzten wir per Antrag (26/SVV/0459-001) durch, dass das gegen unsere Stimmen zum Verkauf vorgesehene **Grundstück in der Sellostr. 21** nicht höchstbietend verkauft, sondern als Direktvergabe zum aktuellen Verkehrswert an eine Mietwohnorganisation - z.B. den Verein S.E.L.L.O. e.V. - in Verbindung mit einem Netzwerk, wie z.B. dem Mietshäusersyndikat oder einer Stiftung geht. Als Grundlage der Vergabe gilt das Konzept der jeweiligen Mietwohnorganisation sowie die kommunalen Grundsätze zur Schaffung von mietpreisgedämpftem Wohnraum. Zusätzlich ist ein dauerhaftes Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen grundbuchrechtlich zu sichern sowie ein Rückkaufsrecht zu vereinbaren.

Die Initiative der BfW-Fraktion, den **Bedarf für eine zusätzliche Obdachloseneinrichtung** zu prüfen, nahmen wir auf und beantragten, auch zu prüfen, „ob spezielle Angebote für vulnerable Personengruppen (z.B. Frauen und queere Personen) oder für Menschen, die in den bestehenden Einrichtungen nicht untergebracht werden können (z.B. Menschen mit Haustieren und Alkoholabhängige) eingerichtet werden können“. Das wurde mit großer Mehrheit angenommen.

DIE aNDERE hat beantragt, die **Potsdamer Frauenschutzeinrichtungen** so lange finanziell abzusichern, bis die Finanzierung durch das Land Brandenburg tatsächlich erfolgt, wie das im Gewalthilfegesetz festgelegt ist. Nach erfolgter Übernahme der Finanzierung durch das Land sollen die bis dato benötigten städtischen Mittel in den erweiterten Opferschutz fließen und damit **zivilgesellschaftliche Träger von Unterstützungs- und Beratungsstellen** gefördert werden. Dieser Antrag wird noch in den Ausschüssen beraten.

Bereits vor der drastischen Erhöhung der **Unterbringungsgebühren für Gemeinschaftsunterkünfte** für Geflüchtete im Jahr 2023 gab es erhebliche Vorbehalte, dass monatliche Gebühren von 400 Euro für einen Platzanspruch von 6-8 qm pro Person, oft ohne eigenes Bad oder Küche gerade für junge Familien den Anreiz zur Übernahme einer Arbeit drastisch beeinträchtigen. Bei der Umsetzung der Gebührensatzung ergaben sich weitere Probleme. So müssen Gebühren rückwirkend erstattet werden, obwohl die Gebührenbescheide oft erst Monate später zugestellt werden und erstattende Ämter erst ab Antragstellung zahlen. Durch diese Situation erhielten Geflüchtete, die sich eine Arbeit gesucht hatten, Gebührenbescheide von bis zu 20.000 Euro für ihre Familien. Eine Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung mit dem Migrantenbeirat erarbeitete mehrere Varianten für eine tragfähige Härtefallregelung bevor die Stadtverwaltung letztlich der Stadtverordnetenversammlung eine überarbeitete Gebührensatzung zur Beschlussfassung vorlegte. Leider waren darin nicht die mit dem Migrantenbeirat vereinbarten Gebührensätze enthalten, sondern deutlich höhere. Auf Initiative unserer Fraktion wurden diese Sätze durch einen gemeinsamen Änderungsantrag von aNDEREN, Grünen und Linken reduziert. (26/SVV/0377-001) Einen zweiten Änderungsantrag zur Evaluierung aller Härtefallregelungen (26/SVV/0377-002) brachte außerdem noch die SPD mit ein.

Ökologie und Klimaschutz

Mit unserem Antrag 25/SVV/0925 **Mähfreier Mai** wollten wir erreichen, dass die städtischen Grünflächen ab 2026 im Mai nicht mehr gemäht werden. Ausnahmen sollten begründet werden. Der Antrag wurde mit Mehrheitsbeschluss für erledigt erklärt.

Nachdem unser Antrag **Kampagne zur Begrünung von Balkonen** (25/SVV/0929) angenommen wurde, teilte die Oberbürgermeisterin mit, dass dafür ein Wettbewerb ausgelobt werden müsse, der aber 6.000 Euro koste und für den derzeit kein Geld vorhanden sei. (26/SVV/0559)

Gleich abgelehnt wurde der Antrag, einen **Laden für nachhaltigen Handel und Konsum** einzurichten, in dem aufbereitete Gegenstände aus dem Abfallaufkommen abgegeben werden und der auch als zentrale Anlaufstelle für Abfallberatung und Umweltinformation dienen sollte.

Gemeinsam mit Grünen und SPD beantragten wir, gemeinsam mit der Schlösserstiftung einen **Tag der Grünflächen** zu veranstalten, in dessen Rahmen Veranstaltungen zur Umweltbildung organisiert werden. Der Antrag wurde beschlossen.

Als die Stadtverwaltung beantragte, ein Taubenfütterungsverbot in die Stadtordnung aufzunehmen, brachten Grüne, aNDERE und Linke einen erfolgreichen Änderungsantrag (26/SVV/0304-001) ein, der stattdessen die **Einrichtung eines kommunalen Taubenschlages** und weitere tierschutzgerechte Maßnahmen der Populationskontrolle vorsieht.

Jugend und Sport

Ein fraktionsübergreifender Antrag von Linken, SPD und aNDEREN setzt sich für die Schaffung von **Spielflächen an der Gemeinschaftsunterkunft Wieselkiez 1a** ein. Über die konkrete Umsetzung soll die Oberbürgermeisterin Ende 2026 berichten.

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN & Volt, CDU, Die Linke, DIE aNDERE, BVB / Freie Wähler setzten einen gemeinsamen Antrag durch, um die Planung und Finanzierung des **Skateparks unter der Nutheschnellstraße** sicherzustellen.

Auf Antrag der Fraktionen CDU, Die Linke, DIE aNDERE, BVB-FW, SPD und Bündnis 90/Die Grünen & Volt stellte die Stadtverordnetenversammlung klar, dass der **Sportplatz des ESV Lokomotive Potsdam** an der Glienicker Brücke auch langfristig nur als Sportanlage genutzt werden kann und bei einem Verkauf nicht in Bauland umgewandelt wird. Inzwischen soll das Gelände dauerhaft bei Sozialwerk der Bahn verbleiben und von diesem an den ESV Lok verpachtet werden.

Seit vielen Jahren setzt sich DIE aNDERE dafür ein, **Bouldern an kommunalen Gebäuden** zu ermöglichen. Unser mit knapper Mehrheit angenommener Antrag 25/SVV/1068 beauftragte die Oberbürgermeisterin „zu prüfen, welche Brückenwände und Wände von kommunalen Gebäuden als Boulderwände entwickelt werden können“. Inzwischen liegt das Prüfergebnis vor, das immerhin ein Potential am Bürgerhaus Schlaatz sowie beim Jugendclub in der Pietschkerstraße erkennt. Wir bleiben dran.

Der SV Schwarz-Weiß Fahrland wünscht sich ein **provisorisches Vereinshaus am Sportplatz Neu Fahrland**. Das Anliegen wurde durch einen fraktionsübergreifenden Antrag von BVB/Freie Wähler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN & Volt, DIE aNDERE, Die Linke und BfW unterstützt.

Bereits bei der Planung des Sportforums Schlaatz forderte DIE aNDERE, dass auch ein Kunstrasenplatz für den Kiezverein Juventas Crew Alpha entsteht. Eigentlich wäre es naheliegend gewesen, in diesem Zug auch ein Vereinsheim für JCA zu planen. Da die Stadtverwaltung das aber versäumt hat, bleibt nur die Möglichkeit, eigene Räume für den Verein im Bürgerhaus am Schlaatz bereitzustellen, weil dort die Planungen noch laufen. Nun stellte sich aber heraus, dass trotz eines eindeutigen Beschlusses der Stadtverordneten bei der Neuplanung des Bürgerhauses keine eigenen Räume für ein **Vereinsheim der JCA** vorgesehen wurden. Unsere Fraktion stellte einen weiteren Antrag (26/SVV/0157). Da es im Bürgerhaus ein komplexes Spannungsverhältnis zwischen dem Konzept der Mehrfachnutzung von Räumen und der notwendigen exklusiven Alleinnutzung von Räumen durch Juventas Crew Alpha gibt, haben wir unseren Antrag im Ausschuss für Bildung und Sport zurückgestellt, damit die Verwaltung die Bereitstellung alternativer Räumlichkeiten im Stadtteil prüfen kann.

Trotz neuer Schulen und wachsender Schüler*innenzahlen wurden die PLoS-Projekte an den Potsdamer Schulen in den letzten Jahren finanziell eingeschränkt. Mit unserem Antrag 26/SVV/0314 wollten wir erreichen, dass der Jugendhilfeausschuss **Vergabekriterien und -verfahren für die PLoS-Projekte** erarbeitet und die einzelnen Projekte hinsichtlich ihrer Wirksamkeit evaluiert. Das wurde in einer leicht geänderten Fassung beschlossen.

Kultur

In unser Stadtverordnetenjahr fiel der Vollzug mehrerer Straßenbenennungen, die auf Initiative unserer Vorgängerfraktion erfolgten. So wurden in der Potsdamer Mitte endlich die Beschilderungen für die Anna-Zielenziger-Straße, die Anna-Flügge-Straße und die Erika-Wolf-Straße vorgenommen. Im Stadtteil Neufahrland wurde der rassistische Straßename „Zu den drei Mohren“ durch „Am Fahrländer See“ ersetzt. Und in Babelsberg wurden zwei Plätze neu mit den Namen von Frauen beschildert, die sich im Roten Nowawes politisch und sozial engagiert haben. Während die Schilder am Wally-Lehnert-Platz und am Olga-Bathe-Platz schon hängen, wird der Anna-Müller-Platz nach Fertigstellung des neuen Spielplatzes beschildert.

Leider erhielt unser Antrag, den **Steubenplatz in Helene-Bürger-Platz umzubenennen** (25/SVV/0427), keine Mehrheit. Stattdessen soll aber in anderer Weise auf dem Steubenplatz an die Opfer des Kapp-Putsches erinnert werden.

Beschlossen wurde hingegen unser Antrag, am Bahnhof Medienstadt einen **Erinnerungsort für den Spanienkämpfer Paul Kühne** zu schaffen (25/SVV/1069). Nunmehr wurde zugesichert, den vorhandenen schlichten Gedenkstein auf dem Bahnhofsgelände zu kontextualisieren und das Umfeld aufzuwerten.

Demokratie und Grundrechte

Seit Jahren gab es immer wieder Probleme bei der Umsetzung einer angemessenen **Fraktionsfinanzierung**. Deshalb hatten sich diesmal mehrere Fraktionen zusammengesetzt und eine tragfähige Regelung erarbeitet, die auch dann gilt, wenn sich die Zusammensetzung der Fraktionen ändert. Es gibt nun feste Sockelbeträge für die Fraktionen für die gesamte Wahlperiode. Die Fraktionen müssen eine ordnungsgemäße Geschäftsführung und die regelmäßige Erreichbarkeit garantieren, können aber selbst entscheiden, welche Tätigkeiten sie von bezahlten Kräften erledigen lassen. Außerdem werden die Gesamthöhen der Zuwendungen automatisch an die Tarifabschlüsse angepasst und eine höhere Rücklage zum Jahresende ermöglicht. Dieser Antrag (25/SVV/0858) wurde mit großer Mehrheit beschlossen und hat sich bereits bewährt.

Auf Antrag unserer Fraktion beschloss die Stadtverordnetenversammlung die **Bestellung einer stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten** (25/SVV/1216). Damit wollen wir es der Gleichstellungsbeauftragten erleichtern, ihre Mitwirkungsrechte in der Verwaltung auch bei Terminkollisionen, Erkrankung oder Urlaub wahrzunehmen.

Gemeinsam mit den Linken brachten wir den Antrag **Gleichstellungsauftrag in kommunalen Unternehmen** ein (26/SVV/0337-001). Die Oberbürgermeisterin muss dafür Sorge tragen, dass alle kommunalen Unternehmen aktiv auf die Gleichstellung der Geschlechter in ihren Unternehmen hinwirken. Dafür müssen Gleichstellungskonzepte erarbeitet und Ansprechpersonen bzw. Gleichstellungsbeauftragte in den Unternehmen benannt werden. Ende 2026 soll zu den Fortschritten Bericht erstattet werden.

DIE aNDERE setzte die **Durchführung einer Kinder- und Jugendbeteiligung zum Schulessen** durch (26/SVV/0141). Wir wollen damit die Gründe für die trotz eines Preisdeckels geringe Beteiligung an den Essensangeboten beleuchten und die Perspektive der Betroffenen erfahren, um weitere Maßnahmen zu planen.

Nachdem der Stadtteilrat Schlaatz die Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung zur **Vorstellung der Siegerentwürfe für den Campus Schlaatz** gefordert und der Kommunale Immobilienservice dieses Anliegen abgelehnt hatte, beauftragte die Stadtverordnetenversammlung die Oberbürgermeisterin mit einem fraktionsübergreifenden Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE aNDERE, Die Linke, BfW und FDP zur Durchführung einer solchen Veranstaltung (26/SVV/0584).

Abgelehnt, aber teilweise trotzdem umgesetzt wurde unser Antrag, **Unisex-Toiletten an den Verwaltungsstandorten** auszuschildern (25/SVV/0827).

Über Monate diskutierten die Stadtverordneten über einen Vorschlag der Fraktionen CDU, SPD, Grüne und FDP zur **Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung** (25/SVV/0014). Danach sollten Änderungsanträge nur noch in den Fachausschüssen gestellt werden dürfen, in den Ausschüssen befürwortete Anträge nur noch auf Antrag erneut in der SVV diskutiert werden und im Ältestenrat eine Zustimmungsliste erstellt werden, auf der über viele Anträge per Blockabstimmung entschieden wird. DIE aNDERE lehnt diese Vorschläge grundsätzlich ab. Auch die Schaffung einer Möglichkeit, Anträge direkt in die Ausschüsse zu überweisen, halten wir für wenig zielführend, da wir AfD-Anträge am liebsten gleich ablehnen. Stattdessen können die Sitzungen durch eine gute Sitzungsleitung und die Nutzung von digitalen Abstimmungstools deutlich verkürzt werden. Letztlich wurden viele dieser Regelungen durch Änderungsanträge von Linken, Anderen und BfW gekippt oder abgemildert. Die Blockabstimmung ist nun nur über Anträge möglich, die im Konsens im Ältestenrat festgelegt wurden. Änderungsanträge können auch in der SVV-Sitzung noch gestellt werden.

Modernisierung der Verwaltung

Die viel zu langen Bearbeitungszeiten in der Einbürgerungsbehörde sind seit mehreren Jahren ein wichtiges Thema für DIE aNDERE. Nachdem wir bereits eine Aufstockung der Personalstellen in der Behörde erreichen konnten, wurde im September 2025 auch unser Antrag für die **effektive Nutzung des Online-Verfahrens für Einbürgerungsanträge** beschlossen (25/SVV/0423-001). Die Oberbürgermeisterin hat zugesichert, dass das Vorhaben im Jahr 2027 umgesetzt wird (26/SVV/007).

Da die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung (falls überhaupt) oft nur mit einem Mitglied in den Aufsichtsräten der städtischen Betriebe vertreten sind und eine Stellvertretung nicht vorgesehen ist, ist die Möglichkeit einer digitalen Teilnahme an den Sitzungen wichtig. Um einheitliche rechtliche Voraussetzungen für die **Durchführung hybrider Sitzungen** zu schaffen, müssen die Gesellschafterverträge der einzelnen Betriebe geändert werden. Das wurde auf Antrag von CDU, SPD und DIE aNDERE beschlossen (25/SVV/0831). Die schrittweise Umsetzung hat die Oberbürgermeisterin zugesichert (26/SVV/0557).

Ein gemeinsamer Antrag von Grünen, SPD, Linken und aNDEREN, dass die Oberbürgermeisterin dem zuständigen Fachausschuss jährlich eine **Priorisierungsliste der Maßnahmen zur Verwaltungsdigitalisierung** vorlegt (25/SVV/0598), wurde beschlossen.

Auf Antrag unserer Fraktion beschloss die Stadtverordnetenversammlung, künftig freiwerdende **Stellen von Beigeordneten** so frühzeitig auszuschreiben, dass keine zeitlichen Lücken in der Besetzung dieser Stellen entstehen (26/SVV/0315).

Ein weiterer erfolgreicher Antrag der aNDEREN beauftragt die Oberbürgermeisterin, zu prüfen, wie das **Fördermittel-, Drittmittel- und Stiftungsmanagement der Landeshauptstadt Potsdam** organisatorisch und strategisch weiterentwickelt werden kann. Die Ergebnisse sollen im November 2026 vorliegen.

Linke, Andere und Grüne beantragten die **Fortschreibung des Open-Source-Konzeptes** (26/SVV/0155-001) und die Erarbeitung einer Umsetzungsstrategie, um mit Hilfe von Open Source Software digital souveräner und unabhängiger von Lösungen außerhalb der europäischen Union zu werden. Der Antrag wurde angenommen.